



## Frankreich

### Die Gewerkschaften suchen ihre Rolle im Reformdialog

**BENJAMIN SCHREIBER**

Mai 2013

- Die beiden größten Gewerkschaftsdachverbände Frankreichs haben Ende 2012 ihre Führungswechsel unterschiedlich gemeistert. Während die CFDT den Übergang reibungslos vollzog, droht die schwere Nachfolgekrise in der CGT deren Handlungsfähigkeit noch länger zu belasten.
- Der Beginn einer neuen Phase des sozialen Dialoges über die Reformagenda der sozialistischen Regierung stellt die Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. Die Verhandlungen über eine Reform des Arbeitsmarktes waren geprägt von dem historischen Gegensatz zwischen den reformorientierten und klassenkämpferischen Gewerkschaftsbünden.
- Die im März 2013 veröffentlichten Ergebnisse der Betriebsratswahlen bestätigten für die kommenden vier Jahre das Verhandlungsmandat aller fünf traditionellen Gewerkschaftsdachverbände für die nationale Ebene.
- Obwohl die reformorientierten Gewerkschaften dabei nur eine knappe Mehrheit erzielen konnten, haben sie günstige Bedingungen für die Zukunft des sozialen Dialogs in Frankreich geschaffen.



Die französischen Gewerkschaften hatten in den vergangenen Monaten mehrere Herausforderungen zu bewältigen: In den beiden wichtigsten Gewerkschaften CFDT und CGT sowie in der Gewerkschaft für leitende Angestellte CFE-CGC musste man sich auf neue Vorstände einigen, alle Dachverbände mussten ihren politischen Kurs nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2012 neu ausrichten, auf Druck der Regierung verhandelten sie mit den Arbeitgeberverbänden über eine Arbeitsmarktreform, und die Veröffentlichung der Ergebnisse aller Vertretungswahlen seit 2009 durch das Arbeitsministerium entschied über die landesweite Repräsentativität der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen und damit über ihre künftige Verhandlungsfähigkeit auf nationaler Ebene für die kommenden vier Jahre.

## 1. Der Wechsel an der Spitze wird unterschiedlich gemeistert

Die CGT geriet über die Wahl des Nachfolgers von Bernard Thibault, der nach vier Amtsperioden nicht mehr kandidierte, in eine fast über ein ganzes Jahr währende Krise. Bernard Thibault schlug die Vorsitzende der CGT-Branchengewerkschaft im Gesundheitswesen, Nadine Prigent, vor und stieß damit im Gewerkschaftsapparat, der seinerseits den Vorsitzenden der Baugewerkschaft, Eric Aubin, durchsetzen wollte, auf entschiedenen Widerstand. Der Vorschlag des noch amtierenden CGT-Chefs wurde abgelehnt. Daraufhin entfachte sich im Dachverband ein langwieriger Streit über die Frage, wer künftig die CGT führen sollte. Als Bernard Thibault keine Chance mehr sah, seine Wunschkandidatin durchzusetzen, schlug er Thierry Lepaon als neuen Vorsitzenden vor. Der Vorsitzende der CGT-Fraktion im Rat für Wirtschaft, Soziales und Umwelt wurde schließlich am 6. November vom Vorstand nominiert und auf dem Kongress der Gewerkschaft am 22. März mit 95,1 Prozent der Stimmen zum Vorsitzenden gewählt.

Der neue Vorsitzende steht an der Spitze einer Organisation mit 690 000 Mitgliedern. Trotz eines leichten Zuwachses in den vergangenen Jahren blieb die CGT damit allerdings klar hinter ihren eigenen Wachstumszielen von einer Million Mitgliedern zurück. Thierry Lepaon steht nun vor der Herausforderung, die Zentrale neu zu organisieren, seine Autorität bei den Branchenorganisa-

**Thierry Lepaon**, neuer Vorsitzender der GGT, 52 Jahre, arbeitete früher als Kupferschmied und war später Personalrat bei *Moulinex*. In der CGT war er Vorstandsmitglied, Vorsitzender in der Region Normandie und ab 2010 Vorsitzender der CGT-Fraktion im Rat für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Er ist ein Experte in Beschäftigungs- und Bildungsfragen und gilt als pragmatisch und offen. Er dürfte die von Bernard Thibault begonnene Öffnung hin zu einer reformistischeren Haltung fortsetzen, obgleich er auf den kämpferischen Flügel seiner Organisation Rücksicht nehmen muss.

tionen zu festigen und deren Wirkungsbereich neu zu strukturieren. Darüber hinaus muss er die CGT stärker in der Privatwirtschaft verankern und für Frauen und Jugendliche attraktiver machen.

In der CFDT hingegen verlief der Führungswechsel reibungslos. Der Vorsitzende François Chérèque hatte schon vor über drei Jahren damit begonnen, seine Nachfolge zu regeln und erreichte damit Konsens. Sein bisheriger Stellvertreter Laurent Berger, wurde am 28. November nahezu einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Nach drei Amtsperioden hinterlässt François Chérèque einen politisch homogenen und von allen Gewerkschaften am stärksten in der Privatwirtschaft verankerten Dachverband. Allerdings ist auch bei der CFDT die Mit-

**Laurent Berger**, neuer Vorsitzender der CFDT, 44 Jahre, war früher Lehrer für Geographie und Geschichte und Mitarbeiter in einem Wohlfahrtsverband. Er war Vorsitzender der CFDT in der Region Pays de La Loire und stieg anschließend in den nationalen Vorstand auf, wo er Fragen der Beschäftigung und der internen Organisation betreute. Er gilt als zugänglich und verhandlungsstark und hat gute Kontakte sowohl zu den anderen Gewerkschaften als auch zu den Arbeitgeberorganisationen. Laurent Berger dürfte die kompromissbereite Politik der CFDT fortsetzen. Maßgebliche Themen sind für ihn die prekären Beschäftigungsverhältnisse, Diskriminierung am Arbeitsplatz und der Wandel der Arbeitswelt.



gliederzahl trotz eines leichten Anstiegs auf 860.000 deutlich hinter dem 2007 aufgestellten Ziel von 1,2 Millionen zurückgeblieben. Wie die übrigen Gewerkschaften kämpft auch die CFDT zudem mit einem erheblichen Alterungsproblem, denn bis zum Jahre 2020 werden 63 Prozent ihrer Funktionäre in den Ruhestand treten.

In der Gewerkschaft der leitenden Angestellten CFE-CGC wurde die Vorsitzende Carole Couvert, 40 Jahre, auf dem Kongress von Saint-Malo im April 2013 zur Vorsitzenden gewählt. Zuvor war sie stellvertretende Vorsitzende der Elektrizitäts- und Gasgewerkschaft der CFE-CGC und anschließend im Vorstand Nationaldelegierte für Gleichheit im Erwerbsleben gewesen. Obgleich mehrere Branchengewerkschaften ihre Kandidatur unterstützt hatten, gab es vor der Wahl doch noch heftige Auseinandersetzungen. Dabei ging es im Wesentlichen darum, wie die Organisation von einer berufsgruppenbezogenen in eine allgemeine Gewerkschaft umgewandelt werden könnte.

## 2. Die Gewerkschaften stellen sich auf die neuen Machtverhältnisse ein

Die meisten Gewerkschaften in Frankreich haben eine mehr oder weniger enge Verbindung zu den linken Parteien. Die CGT, die seit einigen Jahren unabhängig von der kommunistischen Partei ist, steht gegenwärtig der *Front de Gauche* (Linksfront), zu der auch die KP gehört, nahe. Sie hat dennoch indirekt dazu aufgerufen, für François Hollande zu stimmen, und pflegt Kontakt zum linken Flügel der PS. CFDT und UNSA (ein Zusammenschluss von mehrheitlich im öffentlichen Sektor tätigen Einzelgewerkschaften) haben aus ihrer Sympathie für die sozialdemokratische Ausrichtung des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten nie einen Hehl gemacht. Sie mussten sich sogar des Vorwurfs erwehren, ihre Unparteilichkeit aufgegeben zu haben. Die FO, deren Vorsitzender Jean-Claude Mailly Mitglied der PS ist, pflegt besonders enge Beziehungen zum linken Flügel der Partei. Lediglich die christliche CFTC und die CFE-CGC bewegen sich außerhalb des linken Spektrums.

Dass die Gewerkschaften 2012 große Hoffnungen in einen Machtwechsel zugunsten der Linken setzten, bestätigte eine Umfrage von *Harris Interactive* kurz nach dem ersten Wahlgang. Danach hatten 43 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder (61 Prozent der Gewerkschaft des

Erziehungsbereichs und des öffentlichen Dienstes FSU, 56 Prozent der CFDT, 49 Prozent der UNSA, 44 Prozent der CGT, 28 Prozent der FO und 20 Prozent der CFTC) François Hollande gewählt. Die Wählerschaft insgesamt hatte nur mit 28,6 Prozent für den sozialistischen Kandidaten gestimmt.

Die Wahl des Sozialisten François Hollande zum Staatspräsidenten am 6. Mai 2012 und der Amtsantritt einer PS-geführten Regierung kurz darauf schufen nun für die Gewerkschaften in zweierlei Hinsicht eine neue politische Situation:

Zum einen wurde ihr gespanntes Verhältnis zu Nicolas Sarkozy, der ihnen offen vorgeworfen hatte, alle Reformansätze zu blockieren und die Rolle einer politischen Opposition zu spielen, von einer positiven Erwartungshaltung gegenüber François Hollande abgelöst. Anders als sein Vorgänger forderte der neue Präsident keine Volksabstimmungen, um die Gewerkschaften zu umgehen, sondern sprach sich für einen sozialen Dialog aus. Hierfür stellte er eine Agenda auf, die vorsah, dass Regierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften unter anderem über Reformen des Arbeitsmarktes, der Beschäftigung, der Sozialversicherung, der Berufsbildung und der Renten miteinander verhandeln sollten.

Zum anderen standen die Gewerkschaften jetzt einer von ihnen gewünschten Regierung gegenüber, die das Ruder in einer wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Zeit übernommen hatte. In der Folge bedeutete dies, dass sie sich nun gegenüber der Reformpolitik einer linken politischen Mehrheit abgrenzen mussten. Die ersten Maßnahmen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen machte die Spaltung der traditionell und strukturell heterogenen französischen Gewerkschaftsbewegung noch einmal deutlich.

Dies wurde beispielsweise in der Debatte über die Bedeutung der Lohnstückkosten für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sichtbar, in der sich insbesondere CFDT und CGT unversöhnlich gegenüberstanden. Die Regierung hatte Ende 2012 eine Steuerentlastung für die Unternehmen in Höhe von zwanzig Milliarden Euro beschlossen. Dieser aus der Sicht der Regierung herausragende Teil des Wettbewerbspaktes rief bei den Gewerkschaften gegensätzliche Reaktionen hervor.



Der CFDT ging es vor allem darum, im Gegenzug zu den Steuerentlastungen für die Unternehmen Transparenz bei der Mittelverwendung zu erreichen. Daher akzeptierte sie, auch die Lohnstückkosten in die Verhandlungen einzubeziehen. Die CGT hingegen lehnte die »anfechtbare und umstrittene Logik der Lohnnebenkostensenkung« ab und nannte die Steuerentlastungen zugunsten der Unternehmen »unakzeptabel«.

### 3. Die Arbeitsmarktreform verschärft die Konflikte zwischen den Gewerkschaften

Nach dreimonatigen Verhandlungen über eine Reform des Arbeitsmarktes, an denen die Arbeitgeberverbände und alle fünf gesetzlich anerkannten Gewerkschaftsverbände teilgenommen hatten, drängte die Regierung auf eine Übereinkunft. Am 11. Januar unterzeichneten auf Gewerkschaftsseite die CFDT, die CFTC und die CFE-CGC schließlich eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern. Da FO und CGT ihre Zustimmung verweigerten, erreichte das Abkommen nur äußerst knapp die erforderliche Mehrheit. Dennoch gewann die Reformpolitik François Hollandes dadurch an demokratischer Legitimität. Anschließend trugen die Gewerkschaften ihre unterschiedlichen Sichtweisen mit großer Heftigkeit in den Medien vor und nutzen die Gelegenheit, ihre Argumente in der Nationalversammlung vorzustellen. Die Abgeordneten verabschiedeten schließlich am 9. April 2013 das Abkommen leicht abgeändert als Gesetz.

Die Arbeitsmarktreform umfasst im Wesentlichen Gesichtspunkte einer verstärkten »flexicurity«: Die Unternehmen können künftig leichter Arbeitszeiten und Vergütungen an veränderte Rahmenbedingungen anpassen sowie interne Umsetzungen und betriebsbedingte Entlassungen vornehmen. Im Gegenzug werden die kollektiven und individuellen Arbeitnehmerrechte gestärkt. So wird die Krankenversicherung auf Beschäftigte ausgedehnt, die als Teilzeit- oder befristet Beschäftigte bislang davon ausgeschlossen waren. Auch bleiben die in der Arbeitslosenversicherung erworbenen Rechte bei einem Arbeitsplatzwechsel fortan bestehen, und es können individuelle Ansprüche auf Fortbildung erworben werden. Als wichtiger Schritt zu mehr Mitbestimmung gilt die Regelung, dass die Belegschaften künftig bis zu zwei Sitze im Aufsichtsrat von Unternehmen haben, die mindestens 5.000 Beschäftigte in Frankreich oder 10.000 Beschäftigte weltweit (ca. 200 Unternehmen und 4,5 Millionen Arbeitnehmer) haben.

Besonders umstritten ist unter den Gewerkschaften die Vereinbarung zur Arbeitsplatzsicherung. Diese Regelung ermöglicht Unternehmen, die mit konjunkturbedingten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, von Tarif- und Arbeitsverträgen abzuweichen und zwei Jahre lang Gehälter und Arbeitszeiten der Beschäftigten an ihren Bedarf anzupassen. Im Gegenzug bekommen die Belegschaften den Erhalt ihre Arbeitsplätze zugesichert. Eine Übereinkunft kann jedoch nur in Kraft treten, wenn die Gewerkschaften, die im jeweiligen Unternehmen mehr als 50 Prozent der Belegschaft vertreten, dem zustimmen. Beschäftigte, die sich der Vereinbarung widersetzen, werden entlassen und erhalten nicht die sonst üblichen kollektiven Leistungen.

CGT und FO sind der Meinung, dass den Unternehmen hier zu große Zugeständnisse gemacht worden seien und die übliche »Erpressung« der Beschäftigten, für sie nachteilige Vereinbarungen zu treffen, um die Arbeitsplätze zu erhalten, dadurch lediglich legalisiert werde. Ähnliches habe schon Nicolas Sarkozy den Gewerkschaften vorgeschlagen. Hinzu komme, dass manche Punkte des Abkommens, die für die Arbeitnehmer von Vorteil sein könnten, zu einem späteren Zeitpunkt ausgehandelt würden, während der die Flexibilisierung betreffende Teil sofort in Kraft träte. Demgegenüber betont die CFDT, die bei den Verhandlungen mit der Arbeitgeberschaft wortführend war, dass die Vereinbarung zur Arbeitsplatzsicherung für die Beschäftigten sowohl einen rechtlichen Rahmen als auch Garantien vorsehe, die es in Unternehmen, wo bereits ähnliche Abkommen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit ausgehandelt worden seien, bisher nicht gäbe.

Der Streit über die Arbeitsmarktreform hat die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften weiter verschlechtert. CGT und FO sprechen vom »Diktat des Medef« (Arbeitgeberverband), dem sich die CFDT angeschlossen habe, und organisieren dagegen Protestaktionen. Die CFDT wiederum bezeichnet die Position der CGT als »dogmatisch« und kritisiert deren »Methoden« in Anspielung auf die jüngsten Streiks und Betriebsbesetzungen. Vorläufig gipfelte die Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften darin, dass kein führender CFDT-Vertreter beim Kongress der CGT anwesend war, wo radikale Delegierte die reformistische Gewerkschaft des Verrats bezichtigten, und in der Absage gemeinsamer Kundgebungen und Demonstrationen am 1. Mai. Stattdessen haben sich CFDT, UNSA und CFTC zu einer Kundgebung der reformorientierten Gewerkschaften in Reims getroffen.



#### 4. Die »kämpferischen« CGT und FO suchen nach einem neuen Kurs

Seit Jahren schon ist die CGT-Führung bemüht, Apparat und Mitglieder auf eine eher reformorientierte Linie zu bringen. Die schwierigen und konfliktreichen Auseinandersetzungen um die Nachfolge ihres langjährigen Vorsitzenden machten dieses Unterfangen nicht leichter. Allmählich war kein klarer Kurs mehr erkennbar, weil Fundamentalisten und Pragmatiker abwechselnd Politik und Erscheinungsbild der Organisation prägten. In dieser Verfassung konnte die CGT bei den Verhandlungen über die Arbeitsmarktreform keine starke Rolle spielen.

Im Gegensatz zur CFDT, die zur ersten Ansprechpartnerin der Regierung geworden ist, hat sich die CGT in den letzten Wochen weiter radikalisiert. Nicht nur, dass sie François Hollande vorwirft, »es Sarkozy gleichzutun«, sondern sie schlägt auch in den betrieblichen Auseinandersetzungen eine härtere Gangart ein. Die CFDT macht die CGT sogar mitverantwortlich für die Schließung einer Fabrik des Reifenherstellers *Goodyear*, weil diese einer Übernahme des Betriebes durch eine andere Unternehmensgruppe nur zustimmen wollte, wenn die angebotene zweijährige Weiterbeschäftigungsgarantie auf fünf Jahre erhöht worden wäre. Ein weiteres Beispiel ist das gewalttätige Vorgehen von Anhängern der CGT in der von Schließung bedrohten Fabrik von PSA in Aulnay, über das auch in den deutschen Medien berichtet wurde.

In dieses Bild passt auch, dass die CGT nur ein Drittel der Branchenabkommen unterzeichnet, die jedes Jahr zwischen den Sozialpartnern geschlossen werden. Hingegen unterschreiben die anderen Gewerkschaftsverbände mindestens drei Viertel der Abkommen, die damit angenommen werden.

Dass die Fähigkeit zum Kompromiss in dieser Gewerkschaft auch viel stärker sein kann, wurde hingegen 2011 deutlich, als ihre Verhandlungsführer 84 Prozent der Abkommen in den Betrieben, in denen die CGT vertreten war, unterzeichneten. Auch hat sie den Kontakt mit der Regierung nicht abgebrochen, sondern in einem offenen Brief an François Hollande ihre Auffassung wiederholt. Auf ihrem Kongress im März, wo radikale Stimmen zeitweilig den Ton angaben, folgten 85,1 Prozent der Delegierten dem strategischen

Vorschlag des Vorsitzenden Thierry Lepaon für die nächsten drei Jahre und stimmten für »offensive Verhandlungen« und eine Aktionseinheit mit den anderen Gewerkschaften.

Bei der FO, die sich dem *flexicurity*-Abkommen ebenfalls widersetzt hat, ist die Lage ähnlich. Einerseits ruft sie zum Widerstand gegen die »selbstmörderische Sparpolitik« der Regierung auf und misstraut sowohl einer stärkeren Autonomie der Tarifpartner als auch mehr Mitbestimmung in den Unternehmen, was beides zu den Absichten der Regierung zählt. Andererseits hat FO gemeinsam mit anderen Gewerkschaften (ohne die CGT) bei *Renault* ein vielbeachtetes Abkommen zur Arbeitsplatzzerhaltung unterzeichnet. Darin verzichtet *Renault* auf die Auslagerung eines Teils seiner Produktion und darf im Gegenzug bis 2016 15 Prozent des Personals abbauen, die Arbeitszeiten verlängern und die Löhne bis auf weiteres einfrieren. Auch hat die FO kürzlich mit den Arbeitgebern ein branchenübergreifendes Abkommen zur Sanierung der Zusatzrentenkassen unterzeichnet. Auf diese Weise ist es der FO möglich, als Protestgewerkschaft mit der krisengeschüttelten CGT zu konkurrieren und gleichzeitig am sozialen Dialog teilzunehmen.

#### 5. Die Ergebnisse aller Vertretungswahlen und das Verhandlungsmandat der Gewerkschaften

CGT, CFDT, FO, CFE-CGC und CFTC waren seit 1966 als alleinige Ansprechpartner bei landesweiten Verhandlungen mit den öffentlichen und privaten Arbeitgeberern staatlich anerkannt. Dadurch waren sie berechtigt, Vereinbarungen auszuhandeln, die die gesamte Arbeitnehmerschaft betrafen. 2008 wurde ein Gesetz verabschiedet, demzufolge die Legitimität der verschiedenen Gewerkschaften künftig nicht mehr von einer Entscheidung des Arbeitsministeriums, sondern von ihren jeweiligen Wahlergebnissen abhängen sollte. Die Regierung hoffte, dass auf diese Weise die Legitimität der Gewerkschaften gestärkt und langfristig die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung überwunden wird.

Das sogenannte Repräsentativitätsgesetz sieht vor, dass eine Gewerkschaft bei den Wahlen der Personalvertreter oder Betriebsräte bestimmte Stimmenanteile überschreiten muss, um als »repräsentativ« und damit



auf nationaler Ebene als Verhandlungspartner anerkannt zu werden. So müssen auf Unternehmensebene mindestens zehn Prozent, auf Branchenebene mindestens acht Prozent und auf landesweiter Ebene ebenfalls mindestens acht Prozent der Stimmen erreicht werden. Mit der Einführung dieser neuen Regeln verstärkte sich erwartungsgemäß der Konkurrenzkampf unter den Gewerkschaften. Gleichzeitig jedoch gingen die Organisationen auch aufeinander zu und stellten in den Betrieben gemeinsame Kandidatenlisten auf, um ein Scheitern an der Zehn-Prozent-Grenze zu vermeiden.

Ende März 2013 wurden die zusammengefassten Ergebnisse aller Wahlen, die zwischen dem 1.1.2009 und 12.12.2012 in Unternehmen mit über elf Beschäftigten, in Kleinstunternehmen und in den Landwirtschaftskammern stattgefunden hatten, bekanntgegeben:

Stimmenanteile der Dachverbände 2009–2012

CGT	26,77 %
CFDT	26 %
FO	15,94 %
CFTC	9,30 %
CFE-CGC	9,43 %
UNSA	4,26 %
SOLIDAIRES	3,47 %
Sonstige	12,56 %

Die CGT wurde mit 26,77 Prozent der Stimmen stärkste Gewerkschaft, verlor aber im Vergleich zu den Wahlen von 2006 2,8 Prozentpunkte. Fast ebenso viel Zuspruch fand die CFDT mit 26 Prozent. Die FO bestätigte ihre Position als drittstärkste Gewerkschaft. Bei der CFE-CGC reichte es aus, bei den höheren Angestellten 18,14 Prozent der Stimmen zu bekommen, um insgesamt über acht Prozent zu erreichen. CFTC erzielte sogar einen Prozentpunkt mehr als 2006. Die Outsider-Gewerkschaften UNSA oder SOLIDAIRES (eine Allianz von einer Abspaltung der CFDT mit anderen kleinen Gewerkschaften) schafften die Hürde nicht.

Die fünf traditionellen Gewerkschaften schafften ausnahmslos die Acht-Prozent-Hürde und sind damit für die kommenden vier Jahre als Organisationen für Ver-

handlungen mit Regierung und Arbeitgebern weiterhin legitimiert. Selbst die CFTC, von der man erwartet hatte, dass sie landesweit nicht mehr repräsentativ sein und über kurz oder lang verschwinden würde, konnte sich behaupten. Das von der CFTC befürchtete und von manchen erhoffte Beben war ausgeblieben.

## 6. Ausblick

Die zusammengefassten Ergebnisse aller Vertretungswahlen zwischen 2009 und 2012 haben gezeigt, dass die »reformistischen« Gewerkschaften CFDT, CFE-CGC und CFTC gegenüber den »kämpferischen« Gewerkschaften CGT und FO in den vergangenen vier Jahren unter den Belegschaften insgesamt einen um zwei Prozentpunkte stärkeren Zuspruch fanden. Berücksichtigt man allein die Stimmenanteile der Dachverbände, die die Acht-Prozent-Hürde überschritten haben, beträgt ihre Mehrheit 51,2 Prozent. Rechnerisch bedeutet dies eine knappe Mehrheit für die reformorientierten Gewerkschaften. Tatsächlich ist die politische Bedeutung dieses Vorsprungs jedoch weit aus größer:

Die erstmals angewandten gesetzlichen Regeln der *représentativité* aus dem Jahre 2008 sehen vor, dass eine Vereinbarung zwischen den Verhandlungsparteien im Rahmen des sozialen Dialogs nur unter zwei Bedingungen gültig ist: Erstens müssen die zustimmenden Gewerkschaften einen Stimmanteil von mehr als 30 Prozent haben. Zweitens müssen die ablehnenden Gewerkschaften zusammen genommen auf weniger als 50 Prozent kommen. Nur wenn der Stimmenanteil der ablehnenden Gewerkschaften mehr als 50 Prozent beträgt, können sie eine Vereinbarung mit ihrem Veto verhindern.

Unter den gegebenen rechtlichen Bedingungen und Mehrheitsverhältnissen sind die reformistischen Gewerkschaften deshalb über die kommenden vier Jahre hinweg in der Lage, einem Reformvorschlag der Regierung zuzustimmen, ohne dass CGT und FO, die zusammen nur 48,85 Prozent der Wählerstimmen repräsentieren, das Abkommen blockieren könnten. Damit haben die Reformkräfte eine starke Ausgangsposition für die kommenden Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern über anstehende Reformprojekte wie z.B. der Arbeitslosen- und Rentenversicherung.



## Abkürzungen

<b>CFDT</b>	Confédération Française Démocratique du Travail
<b>CFE-CGC</b>	Confédération Française de l'Encadrement – Confédération Générale des Cadres
<b>CFTC</b>	Confédération Française des Travailleurs Chrétiens
<b>CGT</b>	Confédération Générale du Travail
<b>FO</b>	Force Ouvrière
<b>FSU</b>	Fédération Syndicale Unitaire
<b>MEDEF</b>	Mouvement Des Entreprises de France
<b>UNSA</b>	Union Nationale des Syndicats Autonomes



## Über den Autor

**Benjamin Schreiber** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Jörg Bergstermann, Koordinator der Gewerkschaftsprogramme  
Europa und Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7744 | Fax: ++49-30-269-35-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

## Internationaler Dialog

Die Abteilung »Internationaler Dialog« der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert den qualifizierten Diskurs von Partnern in Europa, Türkei, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Japan. Unsere Studien und Publikationen adressieren zentrale Fragen europäischer und internationaler Politik, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung. Die Entwicklung unserer Analysen, Szenarien und Politikempfehlungen erfolgt dabei grundsätzlich unter einer sozialdemokratischen Perspektive.

## Länderberichte Gewerkschaften

Programme der Gewerkschaftskooperation sind integraler Bestandteil unserer Arbeit. Unser Ziel ist die weltweite Stärkung der Interessenvertretung von abhängig Beschäftigten. Repräsentative, starke und kompetente Gewerkschaften, so unser Credo, sind eine zentrale Bedingung für soziale Gerechtigkeit und soziale Demokratie. Diese Publikation erscheint in der Reihe »Länderberichte Gewerkschaften«. Alle Länderberichte sowie thematisch verwandte Themenpapiere stehen zum Download bereit unter: <http://www.fes.de/gewerkschaften/publist-europa.php>

Projektleitung: Jörg Bergstermann ([joerg.bergstermann@fes.de](mailto:joerg.bergstermann@fes.de)),  
Projektadministration: Cindy Espig ([cindy.espig@fes.de](mailto:cindy.espig@fes.de))

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.